

# Haushaltsrede 2006 des SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Druch

am 24.01.2006

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Koerdt,  
sehr geehrter Herr Kämmerer Baum,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

In der Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2006 in der Sitzung des Rates am 15. November 2005 haben Sie Herr Bürgermeister und Sie Herr Kämmerer auf die schwierige finanzielle Lage der Stadt hingewiesen.

Mit dem Kölschen Grundsatz: „Et es, wie et es“ und „Et kütt, wie et kütt“ und es hätt noch immer jot jejeange“ haben Sie Herr Baum, versucht knallharte Fakten verdaubar zu präsentieren. Dies, so darf ich sagen, ist Ihnen bei der SPD-Fraktion leider nicht gelungen in Bezug auf die folgenden Zahlen.

Dem Haushalt für das Jahr 2006 stehen Erträge von 34.508.765 Euro Aufwendungen von 39.186.870 Euro gegenüber, somit beträgt das Defizit 4.678.105 Euro. Bei der Finanzrechnung wird ein Defizit von 5.782.272 Euro laut Haushaltssatzung festgesetzt.

Mittelfristig wird sich bis 2009 ein Kassenkreditbestand von ca. 25 Mio. Euro aufbauen. Um diesen Bestand über einen Zeitraum von 10 Jahren abzubauen, teilten Sie Herr Baum, uns mit, dass zunächst das **strukturelle Defizit von durchschnittlich 4,4 Mio. Euro** abgebaut werden müsste, weiterhin wäre ein Überschuss in Höhe 2,5 Mio. Euro jährlich zu erwirtschaften.

Vor diesem Hintergrund ist die gesamte Haushaltsberatung zu betrachten.

Daher ist es zwingend notwendig, vor zu erhebenden Steuererhöhungen (die wohl nicht zu vermeiden sind) alle anderen Einsparmöglichkeiten und Einnahmequellen auszuloten und zu nutzen.

Im übrigen wäre m. E. eine vertrauensvollere Situation entstanden, wenn die Fraktionen näher bei der Bildung der **Eröffnungsbilanz** beteiligt gewesen wären, so hören wir von dem Kämmerer, dass er bei der Bewertung der Eröffnungsbilanz sich im oberen Bereich angesiedelt hätte, Sie Herr Bürgermeister erklären uns, dass Sie die Marschrouten Mittelfeld für die Eröffnungsbilanzierung herausgegeben hatten.

Ja, wo finden wir denn jetzt endlich die richtige Antwort?

Wie könnte das Instrumentarium Eröffnungsbilanz besser in den NKF Haushalt eingebracht werden? Welche Möglichkeiten könnten die Position der Stadt Bedburg verbessern? Das sind u.a. Fragen die bei einer intensiveren gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Fraktionen im Vorfeld zu mehr Klarheit und Verständnis geführt hätte.

Im Übrigen möchte ich auf meine Haushaltsrede 10.02.2004 hinweisen, in der ich die **Bereitschaft für die Sozialdemokraten zur Konsolidierung des Haushaltes** der CDU-Fraktion als auch der Kämmerei ein Konkretes 5 Punkte Angebot zur Zusammenarbeit unterbreitete.

Das Angebot besteht auch heute noch und bezieht alle im Rat der Stadt Bedburg vorhandenen Fraktionen und Parteien als auch der Verwaltung ein, denn es gilt mit einem durchdachten, nachvollziehbaren Haushalt die Bürger von der erforderlichen Notwendigkeit zu überzeugen und mit einzubinden.

Daher nimmt die SPD-Fraktion Ihren Vorschlag Herr Baum, gern auf, gemeinsam mit dem Bürgermeister in mehreren Veranstaltungen in den einzelnen Stadtteilen den Mitbürgern die Hintergründe des Haushalts 2006 mit dem begleitenden MASTER-PLAN vorzustellen und zu erläutern, um die vorgesehene Vorgehensweise nachhaltig zu erläutern.

**Grundsätzlich ist die SPD-Fraktion bereit, auch in der Opposition Verantwortung zu übernehmen.** Sie will einen Beitrag leisten, das strukturelle Defizit des städtischen Haushalts von ca. 4,4 Millionen Euro, durch ihre Zustimmung zu einigen Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen, zu verringern. Damit wollen wir die **Verschuldung der Stadt im erträglichen Rahmen halten** und vermeiden, dass die Bürger und Bürgerinnen in der Zukunft von einer Schuldenlast erdrückt werden.

Gleichzeitig ist es uns als sozialdemokratische Partei wichtig, dass sich die Stadt Bedburg aber nicht kaputt spart und der **Rotstift nicht an der sozialen Infrastruktur der Stadt angesetzt wird**. Wir sind deshalb nicht bereit, Einsparungen bei Familien, Schulen, Kindern oder Jugendlichen in der vorgeschlagenen Form mitzutragen.

Die Steuererhöhungen werden wir wie von der Verwaltung vorgeschlagen mittragen.

Die SPD-Fraktion stimmt einer Schließung der **Grundschule in Kirchherten** aus sozialen und pädagogischen Gründen nicht zu. Nicht nur für die Kinder ist eine Schule im Ort und kurze Wege wichtig, sondern auch für die Entwicklung und das Leben im Ortsteil, wenn sich zum Beispiel die Bürger zu Schulfesten und anderen Veranstaltungen treffen um gemeinsam etwas zu unternehmen. Die SPD-Fraktion steht der Frage aber offen gegenüber, wenn die Verwaltung prüft, ob ein Neubau einer Grundschule in Kirchherten die Unterhaltungskosten dauerhaft senken kann.

Schließung von **Kindergärten**: Wir stimmen einer Überprüfung des voraussichtlichen Bedarfs an Kindergartenplätzen für die nächsten 10 Jahre zu. Bei dieser Prüfung muss aber berücksichtigt werden, dass die Kommunen nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz die Verpflichtung haben, bis 2010 den Betreuungsbedarf für unter Dreijährige mit Hilfe von Krippenplätzen oder Angeboten von Tagesmüttern zu decken.

Die SPD wird einer Schließung von **Jugendzentren** nicht zustimmen. Ebenfalls wird die Einflussnahme bei Öffnungszeiten, pädagogischen Konzepten sowie Raumkonzepten abgelehnt. Diese Entscheidungen sollten den Leuten vor Ort überlassen werden, die in der Regel am besten Bescheid wissen.

Den Vorschlag, die Jugendarbeit an den Schulen zu konzentrieren, halten wir für untauglich. Kinder und Jugendliche brauchen ortnahe Angebote und halten sich kaum nachmittags in ihrer Schule freiwillig auf. Die Auswirkungen von unzureichend bereitgestellten Möglichkeiten für Kinder und Jugendlichen gilt es noch an anderer Stelle zu diskutieren.

Für den **Bereich Brandschutz/Löschzüge** kommt für die SPD eine Zusammenlegung nicht in Frage. Wir wollen eine aktive freiwillige Feuerwehr in ihrer heutigen Struktur erhalten. Stattdessen schlagen wir vor, andere Optimierungsmöglichkeiten bei den Sachmitteln – zum Beispiel im Fahrzeugpark – mit den Bedburger Löschzügen gemeinsam zu besprechen.

Einer Schließung und einem Verkauf der **Multihalle in Kaster** wird unsererseits zugestimmt, da die Multihalle nur für wenige Veranstaltungen genutzt wird und sich in einem schlechten baulichen Zustand befindet. Allerdings ist zu prüfen ob die Turnhalle an Schlossallee Standort als Versammlungsraum für die Kasterer Bürger genutzt werden kann.

**Nutzungsentgelte für Vereine:** Wir lehnen Nutzungsentgelte für Jugendabteilungen von Vereinen ab. Für Erwachsenenabteilungen der Vereine können wir uns einen Kostenbeitrag für die Nutzung Sportanlagen vorstellen. Diese Frage kann aus Sicht der SPD nur an einem Runden Tisch mit Vertretern der Vereine, der Fraktionen und der Verwaltung geregelt werden.

Schließung und Verkauf des **Sportplatzes und der Alten Schule in Lipp:** Lipp ist ein eigenständiger Ortsteil in Bedburg, dessen soziale Infrastruktur grundsätzlich erhalten bleiben muss. Der Ortsteil Lipp ist mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verkauf des Sportplatzes und dem Verkauf der Alten Schule, die von den Vereinen, einer Hortgruppe und einem Kindergarten genutzt wird, besonders betroffen.

Die SPD kann einer Schließung des Sportplatzes nur dann zustimmen, wenn es gelingt, die dort ansässigen Vereine auf andere Sportplätze zu verteilen und auf dem Grundstück ein Dorfplatz verbleibt der für verschiedene Anlässe den Lipper Bürgern zur Verfügung steht. Die Restfläche könnte als Baulandfläche zur Verfügung stehen. Auch dem Verkauf der Alten Lipper Schule kann die SPD nur zustimmen, wenn für die dort untergebrachten Vereine eine andere angemessene Räumlichkeit gefunden wird.

Der Überprüfung, Tennenplätze durch Kunstrasenplätze zu ersetzen wird von uns zugestimmt.

Die SPD lehnt es ab, die Förderung der Jugendarbeit in Vereinen davon abhängig zu machen, ob die Vereine zustimmen, ihre Sportanlagen selber in Ordnung zu halten. Vielmehr muss für die Frage nach der Inordnunghaltung der Sportanlagen im von der SPD vorgeschlagenen Runden Tisch mit Vertretern der Vereine, Fraktionen und Verwaltung eine Lösung gefunden werden.

Zum Thema **Stellenabbau im Bauhof**: Die SPD kann einem weiteren Stellenabbau im Bauhof keine Zustimmung geben, vielmehr sollte über interkommunale Lösungen nachgedacht werden. Es müssen ja nicht unbedingt auf diesem Gebiet nur Negativerfolge auftreten.

Bei dem Vorschlag Streichung von **städtischen Kulturveranstaltungen** sollten im Vorfeld einige Details geprüft werden um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen.

Erhöhung der **Gebührenkalkulation**: Die SPD lehnt eine Erhöhung der kalkulatorischen Zinssätze auf die Gebühren strikt ab. Die Bürger und Bürgerinnen sollen für tatsächlich erbrachte Leistungen zahlen. Den Trick, den Haushalt über eine Erhöhung der kalkulatorischen Zinssätze zu entlasten, für den die Bürger keine Gegenleistung bekommen, lehnt die SPD daher ab. Daher sollte geprüft werden, welche vorgehaltenen Flächen für Friedhofserweiterungen veräußert werden könnten.

Eine **Parkraumbewirtschaftung für die Innenstadt** würde sich kontraproduktiv auswirken und somit auch nicht weiter verfolgt werden.

Zusammenfassend zu den einzelnen Punkten des MASTER-PLANS ist zu sagen, dass die sozialen Aspekte nicht ausreichend berücksichtigt werden, daher schlägt die SPD-Fraktion vor, diese Punkte durch Arbeitskreise aufarbeiten zu lassen. Die Ergebnisse sind vor den Sommerferien vorzulegen, damit, mit diesen vorliegenden Erkenntnissen in die anstehenden Haushaltsberatungen gegangen werden kann.

Zum **Thema Bäderkonzept** möchte ich nur folgende Anmerkung machen, dass es an der Zeit ist eine klare zeitlichen Vorgabe zu geben um den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen wo es hingeht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wir als SPD-Fraktion haben uns zum Ziel gesetzt, **Bedburg familienfreundlicher zu gestalten**. Familienpolitik zählt für uns zu den wichtigsten politischen Aufgaben der Kommunen. Die Stadt muss deshalb vor Ort für ein verlässliches Angebot an sozialer Infrastruktur sorgen.

Mit den Stimmen aller Fraktionen wurde beschlossen, zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 an allen vier Grundschulen in Bedburg eine **Offene Ganztagschule** einzuführen. Für die SPD-Fraktion sind bei der Einrichtung der Offenen Ganztagschulen vor allem zwei Punkte wichtig: Wir wollen, dass für alle Kinder, deren Eltern dies wünschen, auch ein Platz in einer Offenen Ganztagschule vorhanden ist. Und wir wollen, dass die Offene Ganztagschule finanziell so ausgestattet wird, dass qualitativ gute Angebote am Nachmittag gemacht werden können.

In Bedburg hat eine **repräsentative Elternbefragung** ergeben, dass sich rund 26% aller Eltern (Bedburg 29%, Kaster 27%, Kirchherten 25% und Kirdorf 25% aller Eltern, Durchschnitt: 26%) dafür ausgesprochen haben, ihr Kind an einer Offenen

Ganztagsschule anzumelden. Diese Ergebnisse der Elternbefragung sollten bei der Einrichtung der Offenen Ganztagsschule berücksichtigt werden und eine entsprechende Anzahl von Gruppen an jeder Grundschule eingerichtet werden. Bisher sind für jede der vier Grundschulen in Bedburg zwei Gruppen mit jeweils 25 Kindern geplant. An der Grundschule zum Beispiel in Kaster würde das bedeuten, dass die Nachfrage über die beiden geplanten Gruppen hinausgeht. Wir als SPD-Fraktion werden daher in den kommenden Beratungen ein wachsames Auge darauf werfen, dass es ein bedarfsgerechtes Angebot gibt. Wir wollen nicht, dass die Nachfrage größer ist als das Angebot und die Schulen dann vor dem Problem stehen, zwischen Kindern auswählen zu müssen. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat.

Auch die finanzielle Ausstattung der Offenen Ganztagsschulen wird die SPD-Fraktion aufmerksam beobachten: Schulen sind die Visitenkarte einer Stadt. Da reicht es nicht, nur das Minimum zu machen. Wir wollen in die Bildung der Kinder investieren und brauchen Qualität. Deshalb vertreten wir als SPD-Fraktion die Meinung, dass Schulen und Trägervereine interessante und ansprechende Konzepte in Absprache mit der Verwaltung ausarbeiten sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat in seiner Regierungserklärung vom 13. Juli 2005 angekündigt, Tageseinrichtungen für Kinder zu zentralen Anlaufpunkten für Familien weiterzuentwickeln. Ziel ist es, für Eltern und Kinder Betreuung, Bildung und Beratung an einem Ort anzubieten und dadurch auch Eltern zu erreichen, die ansonsten Angeboten der Familienbildung fernbleiben würden.

Bereits in diesem Jahr will das Land mit der **Einrichtung von Familienzentren** in allen Jugendamtsbezirken Eltern bei Erziehungsproblemen und Kinderbetreuung gezielter unterstützen. Gemeinsam mit Kommunen, Kirchen, Familienverbänden und anderen Trägern sollen Pläne zur Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren erarbeitet werden.

Die SPD-Fraktion hat daher beantragt, mindestens ein Familienzentrum in Bedburg einzurichten und in der nächsten Sitzung des zuständigen Fachausschusses darüber zu beraten.

In diesem Jahr werden wir auch über weitere wichtige Projekte für Familien in unserer Stadt beraten müssen:

- Auch die Schaffung eines Angebots von **Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige**, zu denen die Kommunen nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz bis 2010 verpflichtet sind, wird in uns in näherer Zukunft sicher hier im Rat und den zuständigen Ausschüssen beschäftigen.
- Ab 2007 werden aller Voraussicht nach die Landesmittel für die beiden **Hortgruppen in Bedburg** gestrichen. Hier müssen wir frühzeitig nach Alternativen Ausschau halten und dürfen Eltern und Kinder nicht im Ungewissen lassen. Hierzu hat die SPD-Fraktion bereits einen Antrag gestellt.

- Mittelfristig sollten wir auch über die vom Land geförderte Einführung von **Ganztagsschulangeboten an unserer Hauptschule** hier in Bedburg nachdenken.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Punkt werden Kinder und Jugendliche in Bedburg leider im Ungewissen gelassen: Wir als SPD lehnen die Kündigung der **Jugendmusikschule** ab.

Dass CDU, FDP und Freie Wählergemeinschaft der Kündigung der Jugendmusikschule zugestimmt haben, ohne den betroffenen 116 Kinder und Jugendlichen eine konkrete Alternative aufzuzeigen, ist ein Skandal.

Nach der beschlossenen Kündigung hat der Bürgermeister zum wiederholten Male angekündigt, mit einer privaten Musikschule Gespräche über ein Alternativangebot aufzunehmen. Dazu hatte der Bürgermeister aber schon seit März dieses Jahres den Auftrag, um es dann mit dem der jetzigen Jugendmusikschule in Sachen Qualität und Kosten vergleichen zu können. Seit einem halben Jahr ist da aber nichts geschehen.

Stattdessen wurde nun gegen die Stimmen der SPD die Kündigung der Jugendmusikschule zum 31.12.2008 beschlossen, ohne den Kindern und Jugendlichen in Bedburg eine Alternative anbieten zu können. Die Kündigung ist beschlossen worden mit den vagen Äußerungen des Bürgermeisters, dass es einen privaten Anbieter gäbe, der für weniger Geld mehr Qualität als die Jugendmusikschule bieten würde.

Es fällt schwer zu glauben, dass bei einer Privatisierung der gleiche qualitativ hochwertige Standard für die Kinder und Jugendlichen in Bedburg zu einem geringeren Preis erhalten bleibt. Das muss aber im Interesse der Kinder und Jugendlichen das Ziel sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der **Rathausfrage** muss unseres Erachtens zügig geplant werden um zu dem Zeitpunkt der Übernahme der zurzeit noch beim Rhein-Erft-Kreis ansässigen Ämter (Jugendamt, Bauaufsicht) und das angedachte Rechnungsprüfungsamt im Bedburger Rathaus unterbringen zu können.

Des weiteren sei darauf hingewiesen, dass der Verkauf des Alten Rathauses in Bedburg forciert werden sollte um die Synergieeffekte der Verwaltung zu bündeln. Auch über eine eventuelle Nutzung des Schlosses sollten frühzeitig Informationen an die Fraktionen geleitet werden, so dass keine Hektik in bei den Überlegungen zum Rathausneubau entsteht.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushalt mit den von uns vorgeschlagenen Änderungen zum MASTER-PLAN zustimmt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.